

Kali-Klagen: Bald eine weniger?

Schifffahrtsamt
verhandelt mit K+S

Giesen/Hannover. Sechs Klagen gegen die Genehmigung des Neustarts des Giesener Kali-Bergwerks liegen derzeit beim Verwaltungsgericht Hannover vor. Wie berichtet haben inzwischen alle Kläger ihre Begründungen nachgereicht, niemand hat bislang seine Klage zurückgezogen.

Doch das könnte sich ändern: Die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes hat nach einigem Zögern auf eine entsprechende Nachfrage der HAZ reagiert. Und erklärt, dass die Behörde derzeit mit dem Düngemittel-Konzern Kali + Salz (K+S) in „konstruktiven Gesprächen über die technischen Einzelheiten der Planungen und die Bauausführung“ stehe. Das Verfahren beim Verwaltungsgericht ruhe deshalb „bis auf Weiteres“, berichtete Claudia Thoma, Pressesprecherin der Schifffahrtsverwaltung. Woran sich die Behörde bei der Kali-Genehmigung stört, will sie jedoch nach wie vor nicht sagen, verweist unverändert auf das „laufende Verfahren“: Solche kommentiere man grundsätzlich nicht.

Die anderen fünf Kläger sind der Umweltschutz-Verband BUND zusammen mit der Bürgerinitiative Giesen-Schacht, die Gemeinden Giesen und Harsum sowie zwei Landwirte-Verbände aus Harsum und Sarstedt. Sie alle haben bereits öffentlich erklärt, welche Veränderungen im sogenannten Planfeststellungsbeschluss des Landesamtes für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) sie fordern. *abu*